

Der Chefredaktor im Gespräch mit dem Direktor für öffentliche Sicherheit, Stadt Bern : Nationalrat Dr. Kurt Wasserfallen, Gemeinderat, Bern

Autor(en): **Wasserfallen, Kurt**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **169 (2003)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-68641>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

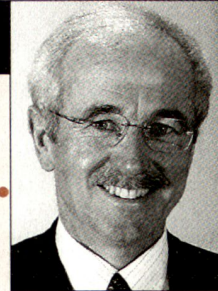
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

... dem Direktor für öffentliche Sicherheit, Stadt Bern

Nationalrat Dr. Kurt Wasserfallen, Gemeinderat, Bern



Sie haben im Zusammenhang mit der «WEF-Demo» in Bern von «Terrorismus» gesprochen. Wie beurteilen Sie die sicherheitspolitische Lage im Inland generell?

Wir leben nach wie vor in einem sicheren Land, müssen aber dazu Sorge tragen. Der Extremismus wird weiter zunehmen, ebenso die Gewaltkriminalität. Dagegen sind geeignete Massnahmen auf gesetzgeberischer Ebene zu treffen. Schwierig wird es wohl mit präventiven oder therapeutischen Massnahmen, die eindeutig vorzuziehen wären. Damit ist gleichzeitig gesagt, dass auf der repressiven Seite die Strafmassnahme erhöht und die Möglichkeiten der Fahndung erweitert werden müssen.

Wie soll in unserem Lande Extremismus konkret bekämpft werden, und welche Problemkreise lokalisieren Sie dabei?

Zuerst müssen wir Extremismus als das begreifen lernen, was es ist: eine Gewaltform, die aus allen Richtungen kommt: von links, von rechts, als Hooliganismus, in Form religiöser Fanatiker, als gut organisierte Banden usw. Dagegen sind alle Mittel zu ergreifen, angefangen bei sozialen und

therapeutischen Aufklärung, aber auch in repressiver Hinsicht. Beim Extremismus ist es wie in der Bekämpfung von Feuer: ein vorbeugender Brandschutz ist anzustreben, ein Alarmsystem ist auf- und auszubauen, und das Feuer ist bereits bei seiner Entstehung mit massiven Mitteln zu bekämpfen, sonst entsteht ein Flächenbrand mit unabsehbaren Folgen.

Mit welchen Massnahmen kann erreicht werden, dass sich der Schweizer auf der Strasse sicher fühlt?

Einerseits heisst das Stichwort Polizeipräsenz und «community policing» oder bürgernahe Polizei. Bürgerinnen und Bürger haben ein hohes Sensorium, was in ihrer Umgebung, zu Hause oder am Arbeitsplatz vorgeht. Dieses Wissen, diese Gefühle, sind von der Polizei abzuholen und nutzbar zu machen. Andererseits ist eine effiziente Strafverfolgung anzustreben. Damit ist gesagt, dass die Polizei die Mittel zugeteilt erhalten muss, die sie wirklich benötigt. Die Verbrecherseite schläft nicht. Verdeckte Fahndungen, Telefonabhörungen, Internetüberwachungen sind notwendig. Datenschutz in Ehren, aber nicht zu Lasten unserer Sicherheit.

Wie sehen Sie die konkrete Zusammenarbeit von Polizei und Armee?

Diese Zusammenarbeit ist wichtig und notwendig. Die Armee darf aber wirklich nur subsidiär zur Unterstützung ziviler Kräfte eingesetzt werden. Heute ist der Armeeeinsatz ein Dauerauftrag, was mit Verfassung und Gesetz nicht übereinstimmt. Deshalb ist im Projekt USIS (Überprüfung des Systems der Inneren Sicherheit) alles daran zu setzen, dass die zivilen Polizeikräfte auf der kantonalen Stufe in die Lage versetzt werden, dass sie die Daueraufträge ohne Armeeunterstützung erfüllen können. Eine Idee wäre, eines der in der Armee XXI vorgesehenen Militärpolizeibataillone aufzulösen und die frei werdenden Kräfte (zirka 500 AdA), bezahlt vom Bund, in die entsprechenden zivilen Polizeikorps einzugliedern. Kostenneutralität wäre garantiert. Die Armee hat weiterhin den Vorteil, und soll diesen auch behalten, dass sie unmittelbar grosse Reserven frei machen und einsetzen kann, als Unterstützung in subsidiärer Weise im eigentlichen Sinne des Wortes.

Wie viel darf Sicherheit kosten?

Einiges, aber nicht alles. Der Einsatz ist mit den oben kurz beschriebenen Rahmenbedingungen zu unterstützen. Es nützt zum Beispiel wenig, wenn die Polizei Straftätern habhaft wird und diese kaum nachhaltig wirkende Strafen zu gewärtigen haben. Es ist verlorene Zeit und verlorene Geld, wenn die Fahndung durch übertriebene Datenschutzbestimmungen unnötig behindert wird, und es ist nicht effizient, wenn die Sicherheitspolizei mit ausuferndem Papierkram beschäftigt wird. Ebenso wenig ist ein behindernder «Kantönligest» gefragt, auch wenn ich mich vehement für die föderalen Polizeistrukturen einsetze.

Welchen Stellenwert messen Sie der militärischen Führungsschulung für zivile Kader bei?

Einen sehr grossen. Heute wird dieser Wert zum Teil verkannt. Es ist wohl eine Tatsache, dass wer sich im Militär als Vorgesetzter engagiert, vielfach auch im Zivilen eine Kaderposition einnimmt. Hand aufs Herz: wer genießt schon an den Hochschulen oder in der Berufsbildung eine Führungsschulung, die diesen Namen verdient? Die militärische Führungsausbildung erlaubt das Erlernen strukturierter Handelns und vermittelt heute eine menschenorientierte Ausbildung. ■

Gelesen

in: «International Herald Tribune» vom 6. März 2003. Bush risks a Mideast inferno. Von Bouthaina Shaaban.

“From the beginning of time Iraq has offered humanity some of its richest civilizations. It is the land of Mesopotamia and of the Code of Hammurabi, the oldest human law. To the people of the region, it is baffling that Iraq – whose people had been renowned as the best readers in the Arab world and which produces the best intellects – should become a testing ground for the latest missiles and weaponry.

To speak only of Saddam Hussein and the Iraqi regime is to ignore more than 20 million Iraqi people whose lives have been reduced to a subhuman level by the cruel and unfair sanctions that have been imposed on the country. Iraq has not only oil but also civilization, a rich history and a people who will be irreparably harmed if a war is launched against their country.

People in the Arab world see the discrepancy in the U.S. attitudes to Iraq and to North

Korea as yet more proof that the Bush administration is moved by religious hatred toward Arabs. It is also strongly believed here that Israel is the driving force behind the unjustified plan to attack Iraq, especially as the lack of respect that Israel has always shown to the role of the United Nations is slowly but steadily leaking into statements by senior American officials.

Sharon's strategy, which has plunged Palestinians and Israelis into a cycle of violence unprecedented in the history of the Arab-Israeli conflict, has brought nothing but pain to both sides. Now the Bush administration, on the basis of a strategy similar to Sharon's, is on the verge of infecting the entire region with the same kind of violence and counter-violence.

If it goes to war, in other words, the United States may inadvertently unleash an Arab-American or even a Muslim-American conflict – with unpredictable and, in all likelihood, uncontainable consequences.” G.